



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Grünliberale begegnen dem Ständeratsentscheid zum Atomausstieg mit grosser Skepsis
Für Rückfragen	Verena Diener, +41 79 331 08 39 Martin Bäumle, +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	31. August 2011

Grünliberale begegnen dem Ständeratsentscheid zum Atomausstieg mit Skepsis

Die Grünliberalen nehmen den gestrigen Entscheid der vorberatenden Kommission des Ständerats mit grosser Skepsis zur Kenntnis. Als einzig Positives würdigen die Grünliberalen, dass die Ständeratskommission aus der heutigen riskanten Atomtechnologie aussteigen will und somit der Bau neuer AKWs auf Basis der heutigen Technologie definitiv der Vergangenheit angehört. Negativ beurteilen die Grünliberalen den Fakt, dass der Ständerat mit diesem Entscheid eine Differenz zum Nationalrat schafft und der definitive Entscheid zum Atomausstieg nicht mehr vor den Wahlen stattfinden wird. Die Grünliberalen befürchten, dass die Atombefürworter den Entscheid nach den Wahlen nochmals in Frage stellen werden.

Den gestrigen Entscheid der ständerätlichen Energiekommission nehmen die Grünliberalen mit gemischten Gefühlen auf. Erfreulich ist, dass die Kommission im Grundsatz die Entscheide von Bundes- und Nationalrat zum Ausstieg aus den heutigen risikobehafteten Atomtechnologien teilt. Skeptisch, aber angesichts des nun in Griffweite liegenden Atomausstiegs als akzeptabel beurteilen sie das Hintertürchen für zukünftige Kernspaltungstechnologien und vor allem die heutigen wissenschaftlich unhaltbaren Interpretationen gewisser Atomlobbyisten im Ständerat. Für die Grünliberalen zeigt sich damit leider wie befürchtet, dass im Ständerat neben rot-grün nur die Grünliberalen ernsthaft zu einem Ausstieg stehen, andere Parteien eine Hintertür suchen. Diese Hintertür darf nicht missbraucht werden, um den Elan für die Energiewende zu bremsen, die Forschungsgelder an Traumtänzer neuer Atomtechnologien zu verteilen und damit die Chancen der Wirtschaft auf echte neue Wachstumsmärkte zu verbauen.

Die Grünliberalen erwarten vom Ständerat, dass er die offenbar intern debattierten Kriterien für neue Technologien verbindlich aufnimmt – ein GAU muss durch den Betrieb mit zu 100 % ausgeschlossen werden können und es darf bei einer Störung keinerlei Radioaktivität in die Umwelt gelangen. Beim Betrieb und Abbau darf kein Material anfallen, welches länger als eine Generation (50 Jahre) radioaktiv bleibt. Mit diesen klaren Vorgaben wäre ein Entscheid des Ständerates faktisch noch härter als der Entscheid des Nationalrates, da auch atomgläubige Ständeräte die Physik nicht ändern können.

Parallel erwarten die Grünliberalen im Sinne des ehrlichen Tatbeweises, dass der Ständerat dem Entscheid für eine neue Energiepolitik des Bundesrates und des Nationalrates in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft folgt und die entsprechenden Vorstösse aus dem Nationalrat wie z.B. Vorstösse zur KEV oder eine Risikoprämie für bestehenden Kernkraftwerke vorbehaltlos unterstützen.

Neue Technologien müssen sicher und sauber sein

Wie auch immer eine solche alternative Technologie aussehen sollte, für die grünliberale Ständerätin Verena Diener ist klar: „Eine solche neue Generation muss im Betrieb absolut sicher sein und einen GAU ausschliessen“. Ebenso darf sie keine Abfälle hinterlassen, welche mehr als eine Generationen (50 Jahre) radioaktiv strahlen und eine Gefahr darstellen. „Mit den heutigen Kenntnissen der Physik gehört ein solcher Reaktortyp ins Reich der Phantasien. Es ist wahrscheinlicher,

innert 50 Jahren eine Solarzelle zu erfinden, welche in der Nacht mehr Strom produziert als bei voller Sonneneinstrahlung" meint dazu Martin Bäumle, dipl. Chem. ETH und Atmosphärenwissenschaftler. Deshalb werden sich die Grünliberalen weiterhin vehement dafür einsetzen, dass alle Investitionsmittel im Bereich Forschung und Entwicklung mit absoluter Priorität für neue Technologien und Verbesserungen der erneuerbaren Energien eingesetzt werden.

So oder so: die Zukunft muss erneuerbar sein

Aus heutiger Sicht und wissenschaftlichem Kenntnisstand sind solche sicheren und sauberen Alternativen zu den heutigen Kerntechnologien für die nächsten Jahrzehnte faktisch auszuschliessen. Es ist klar, dass sie die auslaufenden AKWs nicht ersetzen werden können. Aus diesem Grund muss die Schweiz voll auf die Karten Energieeffizienz und erneuerbare Energien setzen. Um den nötigen ökologischen Umbau zu erreichen, braucht es auch neue und innovative Instrumente wie die grünliberale Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“, welche die Mehrwertsteuer durch eine Steuer auf nicht-erneuerbaren Energien ersetzen möchte.

www.energiestattmehrwertsteuer.ch